



Illustration: 123RF/Sylvia Nowik [M]

Rabatzt gegen das Verdrängen

Antifaschistische Gruppen klagen das Schweigen zu Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger auf Kreta an

Das oberbayerisch-österreichische Antifa-Bündnis »Rabatzt« kämpft schon seit Jahren gegen die »Bad Reichenhaller Zustände«. Doch laut der Gruppe herrsche weiterhin ein »aktives Verdrängen« im Ort vor.

Von Robert Andreasch

Vor 75 Jahren, am 20. Mai 1941, griff die deutsche Wehrmacht die griechische Insel Kreta an. Bis zum Ende der Besetzung am 9. Mai 1945 ermorde- ten deutsche Fallschirmjäger und Gebirgsjäger über 3500 Zivilistinnen und Zivilisten und zerstörten mindestens 30 Dörfer. Bis heute weigert sich die Bundesrepublik, die Opfer zu entschädigen und die griechischen Reparationsforderungen zu erfüllen.

Der Dortmunder Historiker Ralph Klein forscht über die Verbrechen der Gebirgsjäger. Bei einem Hearing der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des antifaschistischen »Rabatzt«-Bündnisses im überfüllten Kurgastzentrum von Bad Reichenhall berichtete er am Samstag über die Beteiligung der Bad Reichenhaller Gebirgsjäger an den Gräueltaten in Griechenland. Zu der Tagung reiste auch Aristomenis Syngelakis vom »Nationalrat für die Entschädigungsforderungen Griechenlands« an. Er erinnerte an den antifaschistischen Widerstand der kretischen Bevölkerung, die sa- distischen Massaker der nationalsozialistischen Besatzer an der Zivilbevölkerung und an den Schmerz und die Leiden der Überlebenden.

Hauptgast des Hearings war Nikolaos Marinakis. Der heute 92-Jährige hat die Massenerschießungen im kretischen Skines überlebt. Auf Befehl des 1967 in Bad Reichenhall verstorbenen Divisionskommandeurs Generalmajor Julius Ringel hatten Soldaten des Reichenhaller Gebirgsjägerregiments 100 der 5. Gebirgsdivision am 1. August 1941 die Dörfer Skines und Kydonia angezündet. Dabei waren 148 Menschen ermordet worden. Zehn Tage vor dem Überfall der Wehrmacht hätten deutsche Flugzeuge bereits mehrere Dörfer in der Gegend bombardiert, schilderte Marinakis. Dabei ha-



Nikolaos Marinakis (r.). Überlebender der Massenerschießungen in Skines auf Kreta mit Dolmetscherin.

Foto: Robert Andreasch

ben »ältere, Frauen und Kinder, die nicht fliehen konnten, ihr Leben lassen«. Nach der Eroberung Kretas habe dann gleich die Vernichtung angefangen. »Sie brachten alle um, ob nun alt oder jung, Behinderte, Kranke«. An dem Abend, als sein Dorf umzingelt wurde, hätten er und einige andere Dorfbewohner_innen sich noch im Wald verstecken können.

In Griechenland berichteten mehrere Medien über die antifaschistische Veranstaltung in Bayern. Der bekannte griechische Widerstandskämpfer Manolis Glezos, der am 30. Mai 1941 die Hakenkreuzflagge von der Akropolis heruntergerissen hatte, sandte der Versammlung eine Grußbotschaft.

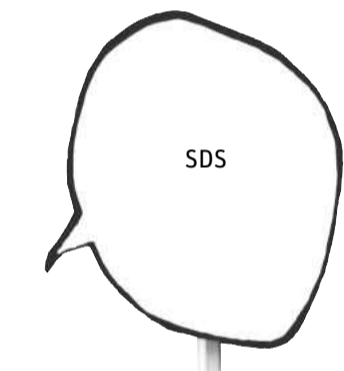
Vor Ort löste das Hearing dagegen unterschiedliche Reaktionen aus: Die bayerische Polizei setzte bei einem Teil der Besucher_innen – ohne Angaben von Gründen – gewaltsam Personalienfeststellungen und Taschen- durchsuchungen durch. Der Bad Reichenhaller Bürgermeister Herbert Lackner (CSU) empfing am Vormittag kurz den Überlebenden Marinakis und drückte ihm eine Flasche »St. Zeno«-Wein in die Hand. Nach dem Heiligen St. Zeno hat man in Bad Reichenhall den Friedhof benannt. Dort wird bis heute mit einem großen, gepflegten Denkmal Gefallenen der Waffen-SS-Division »Charlemagne« gedacht.

Das oberbayerisch-österreichische Antifa-Bündnis »Rabatzt« kämpft schon seit einigen Jahren, gegen die »Bad Reichenhaller Zustände« an. Im Ort herrsche dennoch weiter ein »aktives Verdrängen« vor, bei dem »nazistisches Gedenken akzeptiert bleibt«, so eine Sprecherin. Nach dem Hearing zogen 250 Antifaschist_innen hinter einem Transparent mit der Aufschrift »Euer Verdrängen kotzt uns an!« zu der am Ortsrand gelegenen »Kreta-Brücke«. Die Namensgebung für das Straßenbauwerk hatte 1968 der »Kameradenkreis der Gebirgs- truppe« angeregt. Jedes Jahr rund um den »Kretatag« am 20. Mai versammeln sich hier Militaristen und Lo-

IN BEWEGUNG

Erfolgreiche Besetzung eines Hauses in Bonn

Berlin. In Bonn ist es vergangene Woche zu einer erfolgreichen Hausbesetzung gekommen. Aktivist_innen für ein libertäres Zentrum in Bonn (LIZ) halten sich seit dem 10. Mai in einem Haus im Viktoriakarree, Rathausgasse 16, auf. Es sei seit 27 Jahren die erste Besetzung »mit Bleibeperspektive« in der ehemaligen Bundeshauptstadt, heißt es in einer im Internet veröffentlichten Erklärung. Eigentümerin des Gebäudes ist die »Signa Holding« des österreichischen Karstadt-Investors René Benko. Die Aktivist_innen werfen ihm vor, von ihm »bereits aufgekaufte Immobilien systematisch zu entmieten und leerstehen zu lassen«, um sie später abreißen zu können. nd



Lexikon der Bewegungssprache

Weitere Beiträge aus dieser Serie unter dasND.de/apo

Der Sozialistische Deutsche Studentenverband, gegründet 1946, stand lange der SPD nahe, wurde aber in den 60ern Sammelbecken linker Strömungen: von Sozialisten und Trotzisten über Kommunisten, die nach dem KPD-Verbot 1956 keine eigene Organisation mehr hatten, bis hin zu Vertretern der Neuen Linken. Mitte der 60er wurde der SDS von der Münchner Subversiven Aktion unterwandert, hervorgegangen aus einer Abspaltung der Situationistischen Internationalen. Aktivist_innen wie Dieter Kunzelmann und Rudi Dutschke ging es, neben einer politischen Organisierung, auch um ein kulturrevolutionäres Infragestellen bürgerlicher Normen. Der SDS wurde dadurch auch eine lebensweltlich geprägte undogmatische Alternative zu bisherigen linken Organisationen und Teil der subkulturell geprägten Aufbruchstimmung, als Hippies die Straßen bevölkerten. Gammaler nannte man das im bundesdeutschen postfaschistischen Mief. Einen Höhepunkt erlebte der SDS durch die von ihm organisierten Demonstrationen am 2. Juni 1967 in Westberlin gegen den Besuch des persischen Schahs, bei denen es zu heftigen Auseinandersetzungen kam und in deren Verlauf Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde. Als Folge gingen in der gesamten Bundesrepublik Tausende Studenten auf die Straße, der SDS verzehnte so viele Beitritte wie nie. Bis 1970 existierte der Studentenverband. Aus ihm gingen unter anderem die K-Gruppen und später Teile der Neuen Sozialen Bewegungen hervor. Noch viel später, 2007, nannte sich der Hochschulverband der Linkspartei wieder SDS, was jedoch für sozialistisch-demokratischer Studierendenverband steht. An die Bedeutung des Namensgebers reicht er freilich längst nicht heran. schmi

Der kriegerische Professor

Der SDS in Halle kritisiert einen Professor wegen Verbindungen zu Bundeswehr und NATO

Ein Arbeitskreis der Universität Halle will seit Jahren eine Zivilklausel für universitäre Forschung und Lehre einführen. Dessen ungeachtet kooperiert der Lehrstuhlinhaber Varwick mit Bundeswehr und NATO.

Von Max Zeising

An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) gibt es seit längerer Zeit einen verbalen Kleinkrieg zwischen Studierenden und einem ihrer Professoren. Die beiden Fronten: der Arbeitskreis Zivilklausel, besonders Vertreter des Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbandes (SDS) auf der einen Seite und auf der anderen Seite: Johannes Varwick, seit 2013 Lehrstuhlinhaber für internationale Beziehungen und europäische Politik. Es ist ein Kleinkrieg, bei dem es um nicht weniger geht als um Krieg und Frieden.

So kritisiert der SDS Varwick hauptsächlich wegen seiner Beziehungen zum Militär, die unter anderem deutlich würden durch sein Engagement in der von Generälen und anderen Militärs dominierten Clausewitz-Gesellschaft. »Die politischen Aktivitäten von Herrn Varwick sind kritisch zu sehen«, schreibt die den LINKEN nahestehende Hochschulgruppe auf ihrer Internetseite und begründet: »Seit 2014 ist er Berater der Clausewitz-Gesellschaft, welche bekannt für ihre Verbindung zur Bundeswehr ist, sich aus Ex-Militärs und aktiven Offizieren konstituiert und bereits früher durch kriegsverherrlichende Anwendungen aufgefallen ist, wozu auch die Ehrenmitgliedschaft ehemaliger NS-Generäle und NPD-Kontakte zählen.«

Eine nachvollziehbare Kritik, wie ein Blick in die jüngere Chronik der

nach dem Militärstrategen Carl von Clausewitz benannten Vereinigung beweist. So lehnte die Mitgliederversammlung im Oktober 2013 einen Antrag ab, sechs ehemalige Wehrmachtsgeneräle von der Liste der Ehrenmitglieder zu streichen. Zu diesen Offizieren zählt Erich von Manstein, Generalfeldmarschall während der Zeit des Nationalsozialismus und als Kriegsverbrecher verurteilt. Die Gesellschaft beruft sich darauf, dass mit dem Tod von Manstein dessen Mitgliedschaft sowie erloschen sei. Doch es gehört auch noch heute Olaf Rose, Historiker und 2012 Bundespräsidentenkandidat für die NPD, zu den Mitgliedern der Clausewitz-Gesellschaft.

Ein Vorwurf, den Professor Varwick nicht auf sich sitzen lässt. Regelmäßig lässt er sich im sozialen Netzwerk über den Studierendenverband aus: »Die Links-Alternative Hochschulgruppe an der MLU scheint unseren Auftritt gerne zu lesen, hat aber leider nicht alles verstanden. Ich würde mir niveauvollere Gegner wünschen«, schrieb er neulich auf seiner Facebook-Seite, die er unter dem Namen seines Lehrstuhls betreibt. Gegenüber »nd« wollte sich Varwick nicht äußern.

Dabei hätte er genug zu sagen, zum Beispiel könnte er über weitere sicherheitspolitische Netzwerke mit Kontakten zur Rüstungsindustrie sprechen, in denen er sich engagiert. Erst kürzlich wurde er zum Vizepräsidenten der »Gesellschaft für Sicherheitspolitik« gekürt – einer Organisation, die das »Bremer Friedensforum« einst als »Lobbyverband der deutschen Rüstungsindustrie« bezeichnete. Zugespitzt formuliert: Johannes Varwick kuschelt mit Kriegsfreunden.

Nun wäre dieser Kleinkrieg zwischen Varwick und dem SDS als Provinzposse zu betrachten, ginge es nur um die Meinung von Privatpersonen. Doch Johannes Varwick wird von seinen Gegenspielern als Teil eines universitären Gesamtproblems betrachtet. Genauer: Der AK Zivilklausel, der sich für die Verpflichtung der Uni Halle zu ziviler Forschung einsetzt, kämpft seit Jahren für die Einführung dieser Klausel an der Universität – ohne Erfolg. Zwar wurde eine Zivilklausel bereits 2012

Professor Varwick ist Vizepräsident der »Gesellschaft für Sicherheitspolitik« – einer Organisation, die das »Bremer Friedensforum« einst als »Lobbyverband der deutschen Rüstungsindustrie« bezeichnete.

auf Vorschlag der studentischen Senatoren in das Leitbild der MLU geschrieben, sie hat aber keinen verpflichtenden Charakter. Bindend wäre eine Zivilklausel erst in der Grundordnung der Uni. Der Eintrag dort scheiterte aber bislang auch am Willen des Rektors. Rektor Udo Sträter, Kirchenhistoriker und seit 2010 im Amt, sieht seine Einrichtung nicht durch Varwicks Forschung gefährdet. Dies äußerte er gegenüber der hallischen Studienzeitschrift »hastuzeit«.

Das sieht der AK ganz anders – und verweist auf Varwick. Dessen Forschung sei »unter anderem durch das

Militärbündnis NATO, das Verteidigungsministerium, militärpolitische Think Tanks und indirekt durch die Rüstungsindustrie« finanziert. Ein Beispiel: Laut der Informationsstelle Militarisierung (IMI) sei das Projekt »Die Beziehungen zwischen NATO und EU« während Varwicks Professur an der Universität Kiel mit finanzieller Unterstützung der Public Diplomacy Division der NATO verwirklicht worden.

Nach Ansicht der IMI verfolge Varwick zudem das Ziel, die von Bundespräsident Joachim Gauck propagierte »Kultur des Engagements« an der MLU zu etablieren, was unter anderem in Vorlesungen deutlich würde. So habe der Professor während einer Vorlesungsreihe zur »Neuen Deutschen Außenpolitik« im Sommersemester 2014 weder den Kosovokrieg, den Irakkrieg noch den Afghanistankrieg erwähnt: »Er verbreitete den Eindruck, dass die BRD seit 1945 an dem Grundsatz 'Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!' festgehalten habe und sich nun endlich seiner internationalen Verantwortung bewusst werden müsse«. Angeblich wiesen ihn dann Studierende darauf hin, dass die Bundeswehr 2013 mit etwa 6000 Soldaten im Ausland vertreten war und die Kosten der Auslandseinsätze im gleichen Jahr mit 1,1 Milliarden Euro veranschlagt wurden.

Umso heftiger fordert der AK deshalb die Einführung einer Zivilklausel, wie es sie auch an zahlreichen anderen Hochschulen und Universitäten in Deutschland bereits gibt. Auch ist eine solche Klausel bereits in fünf Landeshochschulgesetzen festgeschrieben: in Thüringen, Hessen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Bremen.

kapolitiker innen. Ihre »Kretafeier« gilt der militärischen Leistung beim Überfall von Fallschirm- und Gebirgsjägern auf Kreta und den bei diesem »Unternehmen Merkur« gefallenen Wehrmachtssoldaten.

Die Demonstrant_innen setzten am vergangenen Samstag ein gegenläufiges Signal: Sie gedachten der Opfer des deutschen Angriffskriegs und der nationalsozialistischen Besatzung. Als die Demonstration an der »Kreta-Brücke« ankam, spielte ihr Lautsprecherwagen griechische Partisan_innenlieder ab. Später stellten dort Aristomenis Syngelakis und Nikolaos Marinakis gemeinsam eine temporäre Gedenktafel auf, die an die Massaker der Reichenhaller Gebirgsjäger und die Opfer ihrer Kriegsverbrechen erinnern soll. Antje Kosmund von der »Stiftung Auschwitz Komitee« skandalisierte in ihrer Ansprache die in der Bundesrepublik verhinderte juristische Ahndung der nationalsozialistischen Verbrechen von Wehrmacht und Waffen-SS.

Auch an den Vortagen des Reichenhaller Hearings hatten sich Antifa-Aktivist_innen bereits praktisch betätigt. So hatten am Freitag ein Dutzend Menschen vor der örtlichen Kaserne der Gebirgsjäger demonstriert. In der Kaserne, die bis 2012 noch den Namen des antisemitischen NS-Militärs Rudolf Konrad trug, hatte an diesem Abend ein Treffen der »Kameradschaft Bad Reichenhall«, des »Kameradenkreis der Gebirgsgruppe«, stattgefunden. Antifaschist_innen intervenierten zudem am Donnerstag in Mittenwald gegen die Feier der Gebirgsjäger am Hohen Brenden bei Mittenwald. Es gelang ihnen, während der Hauptrede einen Kranz vor dem »Ehrenmal« niederzulegen und dessen besondere Kranzschleife zu entrollen: eng bedruckt waren darauf die Namen der von der Gebirgsgruppe im Zweiten Weltkrieg in Griechenland, Italien und auf dem Balkan zerstörten Ortschaften sowie die Zahlen der dort ermordeten Zivilist_innen aufgelistet. Das Stoffband war fünf Meter lang.

Nazis den Spiegel vorhalten

Anleitung für aufblasbaren »antifaschistischen Schutzwall« nun im Internet

Von Florian Brand

»Kunst ist kein Spiegel für die Gesellschaft, sondern ein Hammer, um sie zu formen.« Unter diesem Motto will das Berliner Künstlerkollektiv »Tools for Action« am 4. Juni den Naziaufmarsch »Tag der deutschen Zukunft« in Dortmund blockieren. Die Gruppe hat aufblasbare, Pflastersteinen ähnliche Würfel entwickelt, mit denen schnell und mit minimalem Aufwand eine Straße blockiert werden könne, heißt es in der Internetpräsenz der Gruppe. Dort sind auch die Bau- und Gebrauchsanleitung für die Würfel zu finden.

In unter 30 Sekunden können angeblich die mobilen Barrikaden aufgebaut werden. Mindestens 200 dieser silberfarbenen spiegelnden Würfel will das Kollektiv bis zum 4. Juni produzieren, unter anderem in Workshops mit Dortmunder Schülern und Schülerinnen. Unterstützt werden sie dabei vom Schauspielhaus Dortmund, welches dazu aufruft, an der »Spiegelbarrikade« teilzunehmen.

Zum achten Mal wollen sich im Juni Neonazis aus ganz Deutschland in Dortmunds Nordstadt treffen und an dem von ihnen erfundenen »Tag der deutschen Zukunft« ihre fremdenfeindliche und rassistische Propaganda verbreiten. Rund 400 Rechtsextreme werden erwartet. Mit dem ersten spiegelnden aufblasbaren »antifaschistischen Schutzwall« will man ihnen Paroli bieten.